

lädt ein zu
Vortrag und Diskussion

Im Rüstungswahn - Deutschlands 'Zeitenwende' zu Aufrüstung und Militarisierung

Referent:

Jürgen Wagner,
Politikwissenschaftler, Historiker
und geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der
Informationsstelle
Militarisierung (IMI),
Tübingen



Foto Pixaby

»Aufgrund der sogenannten Schuldenbremse geht eine Verstetigung der vielzitierten Zeitenwende auf Kosten nahezu aller anderen Ministerien – vor allem eine Kürzung der Sozialausgaben ist unausweichlich.«

Dienstag, 26. September 2023, 19:00
Aschaffenburg, Martinushaus
Treibgasse 26

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

„Im September 2023 beginnt auf Basis des Anfang Juli von Finanzminister Christian Lindner vorgelegten und vom Kabinett beschlossenen Regierungsentwurfs die parlamentarische Debatte um den Haushalt 2024. Wie sich schon länger abzeichnete, sollen nahezu alle Ministerien Einbußen hinnehmen, verschont bleibt aber unter anderem das Verteidigungsministerium (BMVg), das sogar zusätzliche Gelder erhält. Erstmals sollen im kommenden Jahr Militärausgaben von 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht werden – gleichzeitig wurde auch die Finanzplanung bis 2027 vorgelegt, die vor allem eines zeigt: Die Zeitenwende bedeutet Sozialabbau!“

„Rüstung durch Sozialabbau

Gleichzeitig mit dem Haushaltsentwurf wurde auch die Finanzplanung bis 2027 vorgelegt, laut der zwischen 2024 und 2027 Mehrausgaben gegenüber der vorherigen Version von rund 7,3 Mrd. Euro vorgesehen sind.[33] Konkret wurden nun für 2025 und 2026 jeweils 52 Mrd. Euro (statt wie bisher 50,1 Mrd. Euro) angesetzt und für das Jahr 2027 sind nun 51,9 Mrd. Euro vorgesehen.[34] Hinzu kommen 2027 noch Ausgaben nach NATO-Kriterien, die von der Bundeswehr-Universität auf rund 8 Mrd. Euro geschätzt werden, wodurch – nach jetzigem Planungsstand, wohlgemerkt – in diesem Jahr insgesamt rund 60 Mrd. Euro zusammenkommen würden.[35] Da das Sondervermögen der Bundeswehr spätestens 2026 verplant sein muss, ergibt sich eine riesige Lücke zu den Militärausgaben von 2% des BIP, die laut Bundesregierung auch danach ausgegeben werden sollen – nach den aktuellsten IWF-Schätzungen wären das 2027 rund 95 Mrd. Euro.[36] Sehenden Auges wird hier also auf eine Situation zumarschiiert, in der entweder vollmundig gemachte Zusagen wieder einkassiert werden, oder von einem Jahr auf das andere eine Erhöhung der offiziellen Militärausgaben um bis zu 35 Mrd. Euro erfolgen müsste.[37] Interessierten Kreisen ist das schon lange klar und sie begannen frühzeitig damit, den Stimmungsteppich für die anstehenden Debatten auszubreiten. Schon im August letzten Jahres forderte etwa das Institut der deutschen Wirtschaft eine ‘Verstetigung’ der Zeitenwende nach 2026 mittels dauerhafter Militärausgaben von mindestens 2% des BIP durch ein ‘gut 60 Prozent vergrößertes reguläres Verteidigungsbudget.’[38]

Aufgrund der sogenannten Schuldenbremse müsste eine Verstetigung der Zeitenwende auf Kosten nahezu aller anderen Ministerien gehen – vor allem eine Kürzung der Sozialausgaben wäre eigentlich unausweichlich. Mit beeindruckender Deutlichkeit offenbart ein Beitrag in der Europäischen Sicherheit & Technik, Deutschlands führendem militär- und rüstungsnahen Magazin, die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben: Es bedürfe einer ‘grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die nationalen Prioritäten’, gibt dort Redakteur Ole Henckel zum Besten. Am Ende stehe man aber vor einer simplen Wahl: ‘entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.’ Weiter heißt es in dem Artikel: ‘30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. [...] Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzten [sic!] muss. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.’“

(Auszüge aus der IMI-Studie 2023/2 ‘Zeitenwende heißt Sozialabbau!’ - Gesamte Studie: <https://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2023-2-Sozialabbau.pdf>)